

20.04.2011

Pressemitteilung

Steinbrucherweiterung geht vor Gericht

Bürgerinitiative Weiher unterstützt Privatkläger

Nachdem die Gemeinde Mörlenbach den Rückzieher gemacht und damit die Bürger im Ortsteil Weiher im Stich gelassen hat, unterstützt die Bürgerinitiative Weiher e.V. (**biw**) den einzig noch verbliebenen Privatkläger gegen die Steinbrucherweiterung in Mackenheim. Am 04.05.2011 wird vor dem Verwaltungsgericht in Darmstadt über die Rechtmäßigkeit der durch das Regierungspräsidium Darmstadt erteilten Erweiterungsgenehmigung verhandelt.

In der Bevölkerung ist man sich sicher, dass eine ganze Reihe von Erkenntnissen, die bei der Erweiterungsgenehmigung zu berücksichtigen gewesen wären, nicht in das Verfahren eingeflossen sind. Insbesondere die vom Landesamt für Bodenforschung schon in den 1970er Jahren nachgewiesenen Uranvorkommen werden in den Antragsunterlagen der Porphyrwerke aus dem Jahr 2003 nicht angesprochen. Entgegen der Behauptung des Regierungspräsidiums Darmstadt, dass die Uranvererzungen im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung behandelt worden seien, sind die Uranvorkommen auch dort nicht erwähnt. Annahmen und Prognosen im Genehmigungsbescheid des Regierungspräsidiums zum Urangehalt und zum Gefährdungspotential aus dem Betrieb des Steinbruchs durch radioaktive Strahlung entbehren jeder wissenschaftlichen Grundlage, denn sie waren nicht durch eine einzige repräsentative radiologische oder meteorologische Vorortmessungen gestützt. Die von der Genehmigungsbehörde als Mediationsvereinbarung gegenüber der Bevölkerung

zugesicherte Anzahl von jährlich zwei Untersuchungen wird seit Jahren nicht eingehalten. Aktuelle Messergebnisse durch das Hessische Landesamt für Geologie belegen, dass die Strahlenbelastung innerhalb des Steinbruchareals doppelt so hoch ist wie außerhalb. Doch diese Ergebnisse werden seitens der Behörden ignoriert. Für die Weiherer Bevölkerung ist all das nicht unerheblich, denn täglich rollen die Steinbruch-Lkws meist ohne Abdeckung des transportierten Gesteinsmaterials durch den Ort. Das verursacht nicht nur unerträgliche Lärmbelästigungen, sondern gefährdet auch durch den freigesetzten Staub insbesondere die Anwohner entlang der L 3120. Die Ladung wird in keinem einzigen Fall auf den Gehalt von Uranerzen überprüft, obwohl dies aufgrund der bislang vorliegenden Erkenntnisse für alle Transporte zwingend notwendig wäre.

Die Bürgerinitiative Weiher wird sich deshalb weiterhin vor allem auch gegenüber den kommunal verantwortlichen Politikern dafür stark machen, dass endlich und schnellstmöglich Abhilfe geschaffen wird.

V.i.S.d.P.: Dipl.-Ing. Willi Kleemann
1. Vorsitzender